

Beschluss Voller Schutz der Beschäftigten – auch in kirchlichen Einrichtungen
Ein Arbeitsrecht für Alle

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 15.10.2022
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Wir Grüne fordern für die Beschäftigten der Kirchen und kirchlicher Einrichtungen
- 2 Gleichbehandlung im Arbeitsrecht mit allen anderen Arbeitnehmer*innen. Das
- 3 individuelle und
- 4 das kollektive kirchliche Arbeitsrecht müssen dringend und umfassend reformiert
- 5 werden.
- 6 Anstelle innerkirchlicher Regelungen muss der Staat seiner Verantwortung als
- 7 Gesetzgeber
- 8 gerecht werden.
- 9 Die Ausnahmeregelungen zu Lasten der Beschäftigten im Betriebsverfassungsgesetz
- 10 und im
- 11 Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz sind nicht akzeptabel. Wir fordern, dass die
- 12 Verweigerung
- 13 des Schutzes der Beschäftigten kirchlicher Einrichtungen durch das
- 14 Betriebsverfassungsgesetz
- 15 in § 118 Abs. 2 BetrVG und durch Personalvertretungsgesetze beendet wird.
- 16 Die gewerkschaftliche Mitbestimmung muss umfassend gefördert werden.
- 17 Der religiöse Verkündigungsbereich bleibt von den Neuregelungen unberührt.
- 18 Die Rechte der Beschäftigten müssen auch in Hinsicht auf die Zulässigkeit von
- 19 Arbeitskämpfen
- 20 und Flächentarifverträgen gestärkt werden.
- 21 Wir stellen fest: in der bisherigen Regierungszeit sind keine substantiellen Initiativen
- 22 der
- 23 Koalition auf diesem Gebiet erkennbar. Das kann im Interesse der Beschäftigten nicht
- 24 weiter
- hingegenommen werden.
- 25 Dieses bedeutende Reformthema darf nicht wegen anderer wichtiger Themen:
- 26 Ukrainekrieg,
- 27 Ökologische Modernisierung, Sicherung der Energiebelieferung mit sozialer
- 28 Abfederung
- 29 zurückgestellt werden.
- 30 Es sollte nicht der Eindruck entstehen, dass es den drei Koalitionsparteien am nötigen
- 31 Reformwillen zum kirchlichen Arbeitsrecht fehlt und sie vor einer Reform von
- 32 Betriebsverfassungsgesetz und Allgemeinem Gleichbehandlungsgesetz
- zurückscheuen.
- 33 Wir erwarten von der grünen Bundestagsfraktion, dass sie sich mit Nachdruck und im
- 34 Gespräch
- mit den Arbeitnehmer*innen, Gewerkschaften und Kirchen für die Umsetzung der

Gleichstellung

- 25 aller Arbeitnehmer*innen einsetzt und das im Koalitionsvertrag mit SPD und FDP
gemachte
- 26 Reformversprechen einlöst.